

# Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 31302  
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Rente: 1/2 Mk. Deutsche Erbschaft, Dresden  
Postfach-Nr.: 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bismarck, Rodwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbereich) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-A.

Verlag: Elbgaupresse-Verlag Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Werner Dresden.

Erstausgabe täglich mit der Beilage „Agrar-Warte“ und „Kunst, Natur und Fremdenliste“. Bezugspreis: Monatlich M. 4.00. — außer Zustellgebühr; bei den deutschen Postanstalten M. 3.50. — Einzelverkaufspreis: M. 20. — Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Druck: C. L. M. Landgraf & Co., Dresden-Freital. Bei unvollständigen Manuskripten ist Rücksicht beizubringen. Für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, kann eine Verantwortung des der Richtigkeit nicht übernommen werden.

Anzeigen werden die 6-spaltige Petit-Zeile mit M. 25. — berechnet. Reklamen die 4-spaltige Zeile mit M. 30. —. Anzeigen und Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Zeichnungen werden mit 50 Prozent Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Einmaliger Rabatt gilt als Rosenblatt und kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach dem Empfang der Rechnung die Zahlung erfolgt. Bei gerichtlicher Einziehung der Anzeigenbeträge fällt der bezugsfreie Rabatt fort!

Nr. 300

Blasewitz, Donnerstag, 28. Dezember 1922

84. Jahrgang

## Formulierung der deutschen Vorschläge

### Die Weihnachtshundgebung des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Cuno erteilt zu Weihnachten eine Rundgebung, der wir folgendes entnehmen:

Es gibt kaum ein Volk auf Erden, das tiefere Sehnsucht nach Frieden hätte als das deutsche Volk. Inmitten einer qualvollen Unsicherheit der Wirtschaft, die Millionen dem Schicksale der Ungewissheit preisgibt, will es sich mit den äußersten Notwendigkeiten des Lebens abfinden. Nur Frieden will es und Gerechtigkeit. Das gilt nach innen wie nach außen. Kein Zweifel darüber, daß diese Gerechtigkeit im inneren Wirtschaftsleben eines Volkes schwerer nach erzwingbaren Regeln zu sichern ist als irgendwo sonst. Um so notwendiger ist es, daß ein anderes einseht, was härter ist, die lästige Liebe von Mensch zu Mensch, von jedem einzelnen zum nächsten und fernsten, die an Kindern und Greisen an Notleidenden und Verzweifelnden so viel tun kann, und zu der Weihnacht uns mahnt. Nie mehr als jetzt ist hoch unpolitisches, rein menschliches Werk zugleich der höchste politische Dienst an der Nation und ihrer Einheit.

Rational sein heißt vor allem Liebe zum Volke haben und an seiner Verbesserung arbeiten, heißt unnützen Streit begraben oder verlegen, heißt, das gute Alte lehren, an die Zukunft glauben, die Gegenwart tragen und nähren.

Kann, so muß nicht zu solcher Auffassung nationaler Pflichten sich gerade jetzt das deutsche Volk zusammenfinden, wo schwere und schwerste Entscheidungen bevorstehen, die der Welt wirklichen Frieden bringen oder verlegen werden? Damit wird zugleich die Entscheidung darüber fallen, ob die Wirtschaftskraft Deutschlands vor dem Zusammenbruch gerettet, für uns und für die Welt nutzbar gemacht oder ob sie neuerlich zum Schaden des deutschen Schuldners wie einer Gläubiger durch einen politischen Zensurierenden dienenden Zwang geknebelt werden soll, der gegen den Vertrag von Versailles verstößt und den hingenommen keine vom Volkswillen getragene Regierung bereit sein kann.

Was immer in unseren Kräften steht, um der Welt schweres Unheil zu ersparen, und den Weltfrieden zu verwirklichen, soll geschehen. Wir sind entschlossen, schwere Opfer an Gut und Geld auf uns zu nehmen, um der Freiheit deutschen Volkes und um der Gleichberechtigung und der friedlichen Arbeit mit den anderen Völkern willen. Insbesondere denken wir dabei des Landes am Rhein. Nichts, was Deutsche dort noch mehr als bisher unter fremder Macht bedrückt, kann Deutschland zusetzen. Alles, um sie aus diesem Zwange zu lösen, muß es versuchen, bis zu den äußersten Grenzen, die Wirtschaft und Wahrheitlichkeit ihm stellen. Das ist Dienst am Frieden des deutschen Volkes und der Welt.

### Die Zukunft des Memellandes.

Berlin, 27. Dezember. Anlässlich der bevorstehenden Entscheidung über die Zukunft des Memellandes veröffentlicht der deutsche Osmarkverein in den Blättern eine Rundgebung, in der es u. a. heißt: Der Vertrag von Versailles sollte auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgebaut sein. Es hieß, die Zahl der Vergewaltigungen um einen schweren Fall vermehren, wenn das Volk von Memel jetzt dieses Rechte verweigert geben sollte. Der dauernde Frieden wird nicht erreicht durch neue Gewaltmaßnahmen. Wir rufen den Verantwortlichen der ganzen gestifteten Welt an und fordern für die Bevölkerung von Memel das Selbstbestimmungsrecht. Hält die Entscheidung für den Anschluß an Deutschland aus, so bietet die Gerechtigkeit, diesem Volkswillens entgegen

### Die Reparationsfrage im Mittelpunkt.

Berlin, 27. Dez. Der Reichskanzler Cuno ist gestern Abend aus Hamburg wieder in Berlin eingetroffen. Auch Staatssekretär Hamm ist gestern aus Bayern zurückgekehrt. Das Kabinett ist heute wieder vollständig beisammen. Die Besprechungen über die neuen deutschen Reparationsvorschläge werden jetzt mit größtem Nachdruck weiter gefördert. Die Beratungen mit den Sachverständigen über die Formulierung der deutschen Vorschläge sind auch während der Feiertage von den Ministern Dr. Hermes und Beder fortgesetzt worden. Der „B. L. A.“ weist von neuem darauf hin, daß die Industrie bereit sei, die Regierung in jeder Weise zu unterstützen, insbesondere an allen Problemen zur Gesundung der deutschen Wirtschaft mitzuarbeiten. Sie halte aber die Maßnahmen für unmöglich, wenn nicht gleichzeitig damit eine Intensivierung der Arbeitsleistung zur Vermehrung der Produktion verbunden werde. Ebenso halte die Industrie daran fest, daß die Reparationsfrage endgültig gelöst werden müsse. Laut „B. L. A.“ soll heute in einer Chefbesprechung, an der der Reichskanzler und die wichtigsten Ressortminister teilnehmen, versucht werden einen Plan aufzustellen, der nach Genehmigung durch das Gesamtkabinett in Paris überreicht werden soll.

Paris, 27. Dez. Eine Sabasmeldung aus Berlin besagt, daß Reichskanzler Cuno am 31. Dezember in Paris eine Denkschrift darlegen werde, nach der die industriellen, finanziellen, landwirtschaftlichen und Handelsstreife Deutschlands bereit wären, die Garantie für eine Anleihe zu übernehmen, falls die Reparationsschuld Deutschlands auf eine bedeutend niedrigere Summe als die im letzten Zahlungsplan festgesetzte Summe reduziert und außerdem ein Moratorium für mehrere Jahre Deutschland bewilligt werde, und zwar sowohl für die Zahlungen in Gold wie für die Sachlieferungen, außerdem auch der für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete bestimmten Lieferungen. Die auswärtige Anleihe würde vollständig Frankreich und Belgien zur Verfügung gestellt werden.

### Ministertagung in Paris.

Paris, 25. Dez. Die gestrige interministerielle Konferenz scheint sich wiederum mit dem Reparationsprogramm beschäftigt zu haben, das die französische Regierung am 2. Januar vorzulegen gedenkt. Vor der letzten Londoner Konferenz habe

eine ähnliche Besprechung stattgefunden, um ein Gesamtprogramm vorzubereiten.

Paris, 26. Dez. Der sozialistische Abg. Leon Blum schreibt im „Populaire“ unter Hinweis auf die von Poincaré am Sonntag gehaltenen interministerielle Konferenz, Poincarés produktive Pländer würden, das könne ihm Finanzminister de Lastolie beweisen, nicht nur nichts einbringen, sondern Frankreich mit neuen Lasten beschweren.

### Die Konferenz der Weltmächte.

Washington, 26. Dez. Der im Senat von dem Führer der Unversöhnlichen Vorschlag eingebrachte Zusatzantrag zur Reparationsfrage, eine Konferenz der Weltmächte einzuberufen, hat eine Coalition der Unversöhnlichen im Senat hervorgerufen und wird voraussichtlich zur Wiederaufnahme der Generaldebatte über eine Teilnahme Amerikas an den europäischen Angelegenheiten führen. Vorschlag hat eine Erklärung erlassen, in der er sagt: Europa müsse geholfen werden, und wenn das Problem nicht gelöst würde, würde das einen ungeheuren Verlust für die amerikanischen Produzenten und einen neuen Krieg bedeuten.

Saga, 27. Dez. Der Antrag des Senators Borah auf Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz lautet nach den „Times“ wie folgt: „Der Präsident wird dazu ermächtigt und wird aufgefordert, diejenigen Regierungen einzuladen, deren Mitarbeit er für notwendig oder für nützlich hält, Delegationen zu entsenden zu einer Konferenz, die den Auftrag haben würde, die jetzt in der Welt bestehenden wirtschaftlichen Probleme zu prüfen und zu einer Übereinkunft zu gelangen, die für die Wiederbelebung des Handels, eine Gesundung der Finanzverhältnisse und die Rückkehr zu normalem Geschäftsleben notwendig ist.“ — Nach dem „New York Herald“ soll Senator Borah auf seinen Antrag auf Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz und der Abrüstungskonferenz als Präzedenzfall hingewiesen haben. Seit zwei Jahren liege die Reparationsfrage auf einem toten Punkt angelangt. Europa schäufte Amerika 11 Milliarden Dollar. Diese Summe könne nicht zurückgezahlt werden, wenn das Reparationsproblem ungelöst bleibe. Borah erklärte wörtlich: Wir müssen in der Reparationsfrage intervenieren, weil wir ein Interesse daran haben, unser Geld zu bekommen, und weil wir uns die Märkte Europas erhalten müssen, um unsere landwirtschaftlichen Produkte abzusetzen.

### Teuerung und Geburtenziffer

Mit unerbittlicher Folgerichtigkeit begleitet die Bevölkerungskurve die politisch-wirtschaftliche Katastrophentwirlung, unter der ein Sechsigmillionenwohl zusammenzubrechen droht. Besonders bedenklich sind die neuesten in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilten Zahlen über Geburtenziffer und Sterbeziffer. Die Zahl der Lebendgeborenen hat sich im dritten Vierteljahr gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1922 nicht unbedeutend vermindert, sie ist von 75 726 auf 67 512 zurückgegangen. Es handelt sich hier um ein Spiegelbild der großen Teuerungswelle, die im letzten Vierteljahr 1921 einsetzte. Nach Wochen läßt sich die Intensität des Geburtenrückganges mit dem Steigen des Dollarkurses in Beziehung setzen. Inwieweit Augenblicke überaus bedauerlich ist, daß die Sterbeziffer so sehr abgenommen hat, daß sich geradezu diese Katastrophe damit erklärt, daß

hülle und feuchte Sommer von jeder dem Aufkommen von Epidemien ungünstig gewesen sind. Wie nachgewiesen wird, handelt es sich hauptsächlich um einen Rückgang an tuberkulösen Krankheiten. Daß die Sterbeziffer vorläufig unter dem Druck der Teuerung nicht im selben Verhältnis zunimmt wie die Geburtenziffer abnimmt wird in der medizinischen Wochenschrift damit erklärt, daß die Geburtenziffer zwar auf den Entschluß, Kinder großzuziehen, sehr stark negativ einwirkt, daß aber andererseits die breite Masse der Bevölkerung wenigstens in gewissem Umfang ihre Ernährung, unter Vernachlässigung anderer Bedürfnisse der Selbstwertung anpassen weiß. Diejenigen Kreise, deren Reihen durch den Tod am stärksten gelichtet werden, die alten Leute aus dem Mittelstande, fallen demgegenüber zahlenmäßig nicht ins Gewicht, wenn dadurch die Tragödie ihres Bestehens vollständig nicht berührt wird.

### Eine Enzyklika des Papstes.

Rom, 26. Dezember. Der Papst hat eine Enzyklika erlassen, in der er zunächst die Gründe anführt, auf denen er bisher hinsichtlich des Absehens habe, obwohl er den Wunsch gehabt habe, sofort das Wort zu ergreifen. Er zählt die schmerzlichen Vorfälle und glücklichen Ereignisse der ersten Monate seines Pontifikats auf, nämlich die Bleibhaftigkeit und den Ernst der gegenwärtigen Uebel, die Hauptursachen dieser Uebel und die wirksamsten Heilmittel gegen sie. Die Päpste ertrienen sich noch nicht dem wahren Frieden. Wiederholte Versuche von Politikern, das Uebel zu heilen, hätten nicht genügt. Das zweite Uebel seien die inneren Kämpfe, der Verfall der Moral und die Missachtung der heiligen Gebote des Christen. Die Uebel dieser Uebel seien die in den Menschen selbst. Formell sei der Friede geschlossen, aber die Dornen säßen noch den Rampfen. Ein vollständiger Friede sei auf dem Papier geschlossen worden und habe die Nachgriffe eher noch verschärft. Die Gier nach materiellen Gütern sei geradezu legitimiert, wenn sie mit Ehrlichkeit und Vaterlandsliebe bemessen werde. Dieses Gefühl werde zum Karick für Ungehörigkeiten, wenn gerade Vaterlandsliebe in maßlosen Nationalismus ansart.

### Brot und Milch.

Wien, 26. Dezember. Der Reichsernährungsminister Dr. Lutzer empfangt die Vertreter der Essener Beise und bestätigte seine Erklärung, daß bei Anspannung aller Kräfte und selbstverständlich einschließlich der vorerwähnten und zum erheblichen Teil bereits bewirkten Auslandszufuhr die Brotversorgung für den Winter gesichert sei. Streckung durch Kartoffeln komme, wenn überhaupt, nur in geringem Umfang in Frage. Als erste Angelegenheit dieses Winters bezeichnet er die Milchversorgung und wies unter Bezugnahme auf das Essener System der Vereinbarungen zwischen Verbrauchern und Erzeugern auf die Notwendigkeit von Erleichterungen zu Gunsten unserer Rohwucher, besonders in den ländlichen Familien hin. Er teilte mit, daß kürzlich eine Verordnung erlassen sei, monoch die Landesregierungen den Ankauf von Butter und Käse an eine besondere Genossenschaft anknüpfen können. Der Minister hat die Presse, alle zu tun, damit die Bevölkerung die wirtschaftlichen Zusammenhänge richtig erkenne, und betonte, daß die Frage unserer Ernährung, besonders auch in der Zukunft, so ernst sei, daß sie auf jeder Parteipolitik anknüpfen und rein sachlich behandelt werden müsse. Werde aber einmütig zusammengeordnet und die Produktionssteigerung stets im Auge behalten, so könne man durchaus mit Hoffnung in die Zukunft blicken.

### Kleine politische Mitteilungen.

Deutsch-spanisches Handelsabkommen. Im Ministerrat zu Madrid gab der Minister des Äußeren bekannt, daß er mit der deutschen Regierung ein Handelsabkommen geschlossen habe, wonach Deutschland vom 20. Dezember an den spanischen Erzeugnissen Meißbegünstigung gewährt. Spanien werde die deutschen Erzeugnisse nach dem Tarif der zweiten Kolonne behandeln und den Koerfizienten mit Ländern mit entwerteter Währung aufrecht erhalten. Die letzten Kriegsgefangenen sind aus Avignon zurückgeführt und am Sonntag auf deutschem Boden freigelassen worden. Der neue italienische Botschafter Graf Roddari ist nach Berlin abgereist, wo er am 28. d. M. eintreffen wird.